



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 27.10.2000 Seite 17

NZZ_20001027_17.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

Partizipation ermöglichen

SAJV fordert die Trennung von Kinder- und Jugendpolitik

Cbr. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) vertritt als Dachverband der Schweizer Jugendorganisationen gut 500 000 Kinder und Jugendliche gegenüber der Öffentlichkeit und dem Bund. Die SAJV hat nun einen Bericht vorgelegt, der das im April veröffentlichte Papier «Grundlagen für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik» der Eidgenössischen Kommissionen für Jugendfragen (EKJ) ergänzt. Kürzlich haben Vertreter des SAJV erläutert, wieso die Schweiz endlich eine jeweils eigenständige Kinder- und Jugendpolitik brauche.

Altersgerechte Betreuung

Sie stellten sich dabei auf den Standpunkt, dass die von der EKJ vertretene Position einer gemeinsamen Kinder- und Jugendpolitik entschieden zu kurz greife. Sie bemängelten, dass die EKJ keinen Unterschied zwischen den Kategorien Kindern und Jugendlichen mache – ein Umstand, den die SAJV entschieden ablehnt, da er eine altersgerechte Betreuung der anfallenden Anliegen Heranwachsender verunmögliche. SAJV-Präsident *Stéphane Montangero* bezeichnete die derzeitige Situation der hiesigen Jugendpolitik als Labyrinth, in dem man sich zu verlieren droht. Mit ein Grund dafür seien die knappen finanziellen und personellen Ressourcen sowie die mit Ausnahme von Solothurn und dem Wallis in allen Kantonen fehlenden gesetzlichen Grundlagen für die politische Mitbestimmung Jugendlicher.

SAJV-Generalsekretärin *Andrea Iseli* betonte, dass Kinder- und Jugendförderung gerade auf Grund ihrer unterschiedlichen Bedürfnisse nicht vermischt werden sollten. Die Praxis in der alltäglichen Arbeit der Jugendverbände zeige mit altersbezogenen Programmen den Weg auf, der zu beschreiten sei. Es sei daher zwingend nötig, dass man sowohl eine Kinder- als auch eine Jugendpolitik betreibe. Dabei nehme der Partizipationsgedanke, beispielsweise als Basis jeglicher kommunaler und kantonalen Jugendpolitik, eine zentrale Rolle ein. Die SAJV fordert in ihrem ergänzenden Bericht eine Eidgenössische Kommission für Kinderfragen nach dem Vorbild der EKJ und entsprechend dem Jugendförderungsgesetz ein Kinderförderungsgesetz. Auf Bundesebene soll ein Büro für Kinder- und Jugendfragen die Koordination wahrnehmen.

Hoffen auf ein Rahmengesetz

Mit Spannung erwartet wird in den Reihen der SAJV die Antwort auf eine Motion, die Nationalrat Claude Janiak (sp., Baselland) Ende September einreichte. Janiak fordert vom Bund die Erlassung eines Rahmengesetzes für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik. Damit Kinder und Jugendliche von ihren verfassungsmässig garantierten Rechten im Alltag auch profitieren können, bedürfe es ihrer umfassenden Partizipation in allen Bereichen, in denen sie unmittelbar betroffen sind. Dies setze die Definition einer Kinder- und Jugendpolitik und damit die Umsetzung der Vorgaben der Bundesverfassung voraus.

Die SAJV kündigte ausserdem die Einberufung eines «Runden Tisches» am 7. Februar kommenden Jahres an. Auf der Traktandenliste wird dann die konkrete Erarbeitung des Rahmengesetzes stehen. Die Teilnehmer dieser Gespräche sind noch nicht bekannt, doch werden die Einladungen laut Montangero nicht nur an die EKJ und die Schweizer Jugendorganisationen, sondern an andere interessierte Kreise versandt.

Politsplitter

Fiskalpolitischer Kaffee Luz

mjm. Langsam erholt sich der Kanton Luzern finanziell dank einer gewissen Spardisziplin und dank gütiger Mithilfe der Konjunktur. Die Defizite der letzten Jahre können bis in zwei Jahren abgetragen werden. 2002 liegt eine Steuersenkung um eine Zwanzigstelseinheit drin. Das hat der Luzerner Grosse Rat am Montag beschlossen, um ein Zeichen zu setzen, wie ein Parteisprecher betonte. Bereits war die Rede davon, wie sich die Luzerner nun freuen könnten. Schon bei der Ankündigung der Steuersenkung war zu hören, wie Luzern den Innerschweizer Kantonen bald einmal Konkurrenz bieten werde. Das ist wohl angesichts eines Schuldenberges von 1,2 Milliarden Franken etwas übertrieben. Und in der Rangliste der Steuerbelastung belegt Luzern einen der hintersten Ränge. Ganz anders in der Innerschweizer Nachbarschaft: Schwyz (3), Nidwalden (2), Zug (1). Gemessen an der Steuermilde in Zug, Nidwalden und Schwyz ist also eine Steuersenkung von einer Zwanzigstelseinheit nicht mehr als ein schwacher Aufheller im bitter-schwarzen Kaffee.

Anzeige

AVAXESS

www.zutrittskontrolle.ch
AVATECH AG Tel. 01 / 908 14 14



Den Milchproduzenten geht es gut – Klagen und Forderungen gibt es trotzdem. (Bild A. J. Geisser)

Vor Neupositionierung der Milchwirtschaft

Bilaterale Verträge fordern die Produzenten heraus

Der einheimischen Milch- und Käsewirtschaft geht es zurzeit sehr gut. Trotzdem beklagen die Schweizer Milchproduzenten eine zunehmend grössere Kluft zwischen der wirtschaftlichen Realität und den gesetzlichen Vorgaben. Viele ihrer Vertreter sehen der Öffnung des Marktes gegenüber Europa mit Skepsis entgegen.

Cbr. Bern, 25. Oktober

Die zentrale Forderung der ordentlichen Delegiertenversammlung der Schweizer Milchproduzenten (SMP) vom Mittwoch in Bern lautete: Der seit dem 1. Mai 1999 geltende Zielpreis von 77 Rappen pro Kilo Milch möge stabil bleiben. Bereits eine Senkung um 2 Rappen führe für die Milchbauern zu einem Einkommensverlust von bis zu 150 Millionen Franken, was untragbar sei. Zudem wehrt man sich entschieden gegen den geplanten Abbau von Bundesunterstützungen für Produktion und Absatz beim Voranschlag für das Jahr 2001.

Kontingentierung: Ausstieg kein Tabu

SMP-Präsident *Josef Kühne* stellte fest, dass der Markt Qualität, Natürlichkeit und Innovationen in erfreulicher Weise honoriere, was sich vor allem in den inländischen Absatzzahlen bemerkbar mache. Alles in allem habe die Milchwirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit eindrücklich gesteigert: So notiert die Produktion von Emmentaler für die ersten neun Monate dieses Jahres 9,5 Prozent über den Vorjahreszahlen, und die Käseereien verarbeiteten von Januar bis Juli 82 000 Tonnen Milch zusätzlich. Kopfzerbrechen bereitet der SMP, dass die Einkommen der Bauern selbst im günstigen Landwirtschaftsjahr 2000 bis zu 60 Prozent hinter den Löhnen vergleichbarer Erwerbstätiger zurückbleiben. Laut Kühne werden für das laufende Jahr die Erlöse aus der Milch gegenüber dem Vorjahr nochmals sinken. Dazu kämen neue Belastungen wie höhere Zinsen, höhere Energiepreise und die LSVA.

Melchior Ehrler, der Direktor des Bauernverbandes, warnte davor, allzu schnell neue Reformschritte einzuleiten. Es gelte jetzt, zuerst die Auswirkungen der laufenden Agrarreform «AP 2000» kennen zu lernen. Das vom Bundesamt für Land-

wirtschaft ausgearbeitete Strategiepapier «Horizont 2010» greife diesen Erfahrungen in unzulässiger Weise vor. Ehrler forderte, dass nicht die Finanzpolitik alleine über die Agrarpolitik bestimmen dürfe – ansonsten drohe der Schweiz eine Nebenerwerbslandwirtschaft.

Für SMP-Direktor *Samuel Lüthi* ist ein Ausstieg aus der Milchkontingentierung bei nüchterner Betrachtung kein Tabu mehr, bedarf aber einer äusserst sorgfältigen Planung. Lüthi geht aber nach wie vor davon aus, dass die Mengenbeschränkung im Rahmen der bilateralen Verträge wie bisher weitergeführt wird.

Milch und Markt

Die abschliessende Podiumsdiskussion vermochte die unterschiedlichen Positionen bezüglich der zukünftigen Herausforderungen für die schweizerische Milch- und Käsewirtschaft herauszuschälen. So bezeichneten beispielsweise die Vertreter der Firmen Baer, Coop, Emmi und Swiss Dairy Food den europäischen Markt unisono als grosse Chance, den Export ihrer Produkte anzukurbeln. Die Stabilität des Milchpreises hänge allerdings davon ab, ob der Bund die Beihilfe um 80 Millionen Franken kürze oder nicht. Tue er dies, so sei man aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit zur Reduzierung des Milchpreises gezwungen.

Dieser Argumentation wurde von Seiten der Milchproduzenten heftig widersprochen. Es könne nicht allein vom Milchpreis abhängen, wie gut man seine Produkte absetze. Ein tauglicher Weg sei die Konzentration auf Spezialitäten, die im Hochpreissegment angesiedelt sind. Sämtliche Teilnehmer der Diskussion waren sich aber dahingehend einig, dass die Milch weiterhin ein attraktives Produkt der Schweizer Landwirtschaft bleiben muss.

Urteil im «Canna Bioland»-Prozess annulliert

mer. Freiburg, 26. Oktober

Ende Juni dieses Jahres hat das Strafgericht des Sensebezirks den Eigentümer und den ehemaligen Geschäftsführer von «Canna Bioland» wegen diverser Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz zu teilweise unbedingten Gefängnisstrafen und hohen Ersatzabgaben verurteilt. Dies war der dritte «Prozessversuch», und auch dieser ist nun gescheitert, nachdem das Bundesgericht am 20. Oktober eine staatsrechtliche Beschwerde gegen das Urteil wegen fehlender Unparteilichkeit des Gerichtspräsidenten vollumfänglich gutgeheissen hat. Die ganze Affäre hatte Radio Freiburg losgelöst, als es während des Prozesses die Mitteilungen über den Sender liess, dass sich gemäss einem ihm vorliegenden Protokoll am 14. Mai 1997 Untersuchungsrichter, Vertreter der Staatsanwaltschaft, der Kantonspolizei und des Kantonsgerichtes im Rahmen einer Konferenz zu einer Aussprache getroffen, den Fall «Canna Bioland» diskutiert und bezüglich illegaler und legaler Hanfpflanzen entsprechende Beschlüsse gefasst hätten. Auf Anordnung des Gerichtspräsidenten Reinhold Raemy kreuzten kurze Zeit später zwei Gendarmen in den Redaktionsräumen des Radios auf und verlangten die Herausgabe des Protokolls. Als sich Chefredaktor Andreas Keiser mit Hinweis auf das Zeugnisverweigerungsrecht beharrlich weigerte, das Dokument auszuhändigen, zogen die beiden Polizisten unverrichteter Dinge wieder ab. Kurze Zeit später fand der Präsident das Protokoll selber in den Unterlagen.

Die gestützt auf diese Tatsache von der Verteidigung sofort eingereichten Ausstandsbegehren wurden sowohl vom Strafgericht als auch vom Kantonsgericht abgelehnt mit der Begründung,

dass Raemy selber nicht an dieser Sitzung teilgenommen habe. Das Bundesgericht ist nun zu einem anderen Urteil gekommen und schreibt, dass vorgängige Absprachen zwischen sich über- und untergeordneten Strafverfolgungsbehörden grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien widersprechen und der effektive Rechtsschutz für die Beschuldigten nicht mehr gewährleistet sei. Dies erwecke nach aussen den Anschein, dass sich Raemy, selbst wenn er als Mitglied der besagten Konferenz an der Aussprache nicht teilgenommen habe, an deren Beschluss, der ihn früher oder später selber betreffen musste, gebunden fühle. All dies sei geeignet, «das Vertrauen des Beschwerdeführers in seine Unabhängigkeit zu erschüttern, und lässt ihn daher objektiv als befangen erscheinen».

Pilotübung zu KKW-Unfällen

Ofringen, 26. Okt. (sda) Mit einer sogenannten Übung «Kontaktstelle» hat der Kanton Aargau am Donnerstag die Betreuung und Information für die Bevölkerung nach einem KKW-Unfall getestet. Die nationale Pilotübung fand auf Ersuchen des Bundes statt. An der Übung unter der Leitung des kantonalen Führungsstabes waren rund 200 Personen beteiligt, davon 90 Figuranten mit Strahleneinwirkung, wie an einer Medienorientierung in Ofringen zu erfahren war. Ausgangslage bildete ein angenommener Störfall im Kernkraftwerk Gösgen. In einem solchen Fall sieht das Konzept für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken sogenannte Kontaktstellen vor. Sie sollen der Bevölkerung einerseits als Informationsstelle, aber auch als Zentrum für Beratung und psychologische sowie, falls erforderlich, medizinische Betreuung dienen.

Ein Vater des Himalajas

Zum 90. Geburtstag von Augusto Gansser

Bei bester geistiger und körperlicher Verfassung kann an diesem Samstag Augusto Gansser, emeritierter Geologieprofessor der ETH und der Universität Zürich, seinen 90. Geburtstag begehen. Seine ehemaligen Kollegen und Schüler haben vor kurzem an einem Kolloquium der Geologischen Gesellschaft Zürich seine exemplarischen wissenschaftlichen Beiträge Revue passieren lassen. Augusto Gansser hat auf zahlreichen Expeditionen die wichtigsten Gebirgsketten der Welt geologisch erforscht und deren Entstehung beschrieben. Insbesondere für seine Pionierarbeiten zur Geologie des Himalajas wurde er mehrfach mit den höchsten Ehrungen ausgezeichnet.

Augusto Gansser gehört zu den Vätern der modernen Geologie, nicht nur in den Augen von Hunderten damaliger Studierender, die ihn zwischen 1958 und 1977 als begabten Hochschullehrer erlebten, sondern auch für die Bewohner der abgelegenen Gebirge, die er erforschte, was durch die Auszeichnung als «Baba Himalaja» (Vater des Himalajas) durch die Universität Peshawar in Pakistan 1983 belegt ist. Wie faszinierend sein bisheriges Leben gewesen ist, geht auch aus seinen Büchern und Reiseberichten hervor.

Geboren in Mailand, aufgewachsen in Lugano und Trogen, studierte Augusto Gansser Geologie an der Universität Zürich. Bereits vor dem Abschluss seiner Dissertation über die Tambo-Decke (Bernardino- bis Splügenreis) beteiligte er sich im Sommer 1934 an einer Grönland-Expedition. Zwei Jahre später folgte eine erste Forschungsreise mit Arnold Heim in den Himalaja, auf der Gansser alleine und als Lama verkleidet ins verbotene Tibet vorsties und dort die tektonische Suture (heute Plattengrenze) zwischen Indien und Asien am Fuss des Kailas entdeckte. Als Erdölgeologe explorierte Gansser weite Gebiete in den nördlichen Anden, der Karibik und im Mittleren Osten. Nach seiner Berufung als Professor folgten neben seiner regelmässigen Lehrtätigkeit auch Expeditionen in die kanadische Arktis, den Ural, nach Afghanistan, Patagonien, in die Antarktis und wiederum in den Himalaja.

Für seine wissenschaftlichen Leistungen wurde Augusto Gansser zum Mitglied der U.S. National Academy of Sciences und der italienischen Accademia Nazionale dei Lincei gewählt. Zahlreiche Auszeichnungen wurden ihm von wissenschaftlichen Gesellschaften in England, Frankreich, Deutschland und Belgien verliehen. In der Schweiz hat sich Augusto Gansser in den Gremien der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften und des Schweizerischen Nationalfonds für die Forschung und Nachwuchsförderung eingesetzt. Seit seiner Emeritierung hat er sich mit Freude und Erfolg aktiv an geologischen, archäologischen und kulturellen Projekten beteiligt, und bis heute tritt er als Autor und Maler regelmässig an die Öffentlichkeit. Möge ihm dies weiterhin erhalten bleiben!

Hans R. Thierstein

Vorsteher des Departements Erdwissenschaften, ETHZ

Abstimmungsparolen

Nein der Arbeitgeber zu den Initiativen. Der Schweizerische Arbeitgeberverband empfiehlt für die Abstimmung vom 26. November nur das Bundespersonalgesetz zur Annahme. Für die Umverteilungsinitiative, die beiden Rentenalter-Initiativen und die Spitalkosteninitiative beschloss der Verband die Nein-Parole. Bei einem Ja zu den Rentenalter-Initiativen befürchtet der Verband finanzielle Mehrbelastungen in Milliardenhöhe. *(ap)*

Zivilschutzverband gegen Umverteilungsinitiative. Ein Aderlass beim Zivilschutz ist aus Sicht des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV) nicht zu verantworten. Der SZSV spricht sich damit gegen die am kommenden 26. November zur Abstimmung kommende Umverteilungsinitiative aus. Das Sparen müsse dort seine Grenzen haben, wo die Sicherheit des Bürgers beeinträchtigt werde. *(ap)*

Nein der KVP zu sämtlichen Initiativen. Der Vorstand der Katholischen Volkspartei Schweiz (KVP) lehnt alle vier Initiativen ab, die am 26. November zur Abstimmung kommen. Nein sagt die KVP zu den beiden Rentenalterinitiativen, zur Spitalkosteninitiative und zur Umverteilungsinitiative. Die Ja-Parole gibt die KVP einzig zum Bundespersonalgesetz heraus. *(sda)*

Anzeige

